

presse

An der Nährwertampel führt kein Weg vorbei

Anlässlich des Appells von Organisationen aus dem Verbraucherbereich und dem Gesundheitswesen für die Einführung einer verpflichtenden Nährwertampel erklärt die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Elvira Drobinski-Weiß:

Elvira Drobinski-Weiß unterstützt den Appell verschiedener Organisationen aus dem Verbraucherbereich und dem Gesundheitswesen, europaweit die Nährwertampel einzuführen. Dafür tritt die SPD seit langem ein. Aber auch national sollte die Ampelpflicht auch offen gehalten werden.

Für eine Nährwertkennzeichnungspflicht nach dem Ampelsystem gibt es breite Unterstützung von vielen Organisationen aus dem Verbraucherbereich und dem Gesundheitsbereich. Das gemeinsame Schreiben dieser Organisationen, in dem die EU-Parlamentarier aufgefordert werden, sich für eine verpflichtende Nährwertampelkennzeichnung einzusetzen, begrüßen wir sehr. Die SPD tritt seit langem für die Ampel ein. In dem Schreiben sind die Fakten genannt: Um die 70 Milliarden Euro pro Jahr müssen für ernährungsbedingte Krankheiten aufgewendet werden. In der Diskussion um die Kosten im Gesundheitswesen ist das eine Größe, die endlich berücksichtigt werden muss. Nicht vergessen werden darf, dass hinter diesen Zahlen erschütternde Einzelschicksale von Betroffenen stehen. Und das sind immer häufiger Kinder und Jugendliche. Der Kampf gegen ernährungsbedingte Krankheiten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und jede Chance muss genutzt werden. Die Ampelkennzeichnung ist dabei eine wichtige Hilfestellung.

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen die Ampel. Mit den Farben Rot, Gelb und Grün ist sie schnell erfassbar, leicht verständlich und vergleichbar - eine alltagstaugliche Entscheidungshilfe bei der Zusammenstellung einer ausgewogeneren Ernährung. Aber trotz aller Umfragen und Untersuchungen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung - unter dem starken Einfluss der Lobby der Lebensmittelindustrie - ihre ablehnende Haltung gegenüber der Ampel sogar in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Die große Unterstützung aus weiten Bereichen des Gesundheitswesens sollte die Bundesregierung veranlassen, ihre ablehnende Haltung zur Ampel zu überdenken. Wir werden im Ausschuss einen Bericht der Bundesregierung dazu verlangen.

Wir schließen uns dem Appell der genannten Organisationen an die EU-Parlamentarier an und halten fest an der Forderung nach einer EU-weit verpflichtenden Ampelkennzeichnung. In jedem Fall aber muss aber auch der Weg für eine nationale Ampelkennzeichnungspflicht offen gehalten werden.